

Person	Partei	1.Frage:	2.Frage	3. Frage	4. Frage
		Sind diese von uns Eltern getragenen Schulen als gleichwertige Ergänzung zum staatlichen Schulwesen im Sinne der Bildungsvielfalt zu sehen oder ist die Wahrnehmung des gesetzlich anerkannten Rechtes der Eltern auf freie Wahl der Schule für ihre Kinder deren alleinige Privatangelegenheit?	Halten Sie es für gerechtfertigt, dass wir für die Ausbildung unserer Kinder doppelt zahlen müssen bzw. Eltern bei geringem Einkommen ihr Recht auf freie Schulwahl aus finanziellen Gründen nicht wahrnehmen können?	Würden Sie dafür eintreten, dass der Staat einen adäquaten Kostenbeitrag für unsere Schulen leistet, analog der Zahlungen an die konfessionellen Privatschulen?	Können wir damit rechnen, dass Sie sich als Vertreter Ihrer Partei dafür einsetzen werden, dass in der nächsten Legislaturperiode eine faire finanzielle Lösung für unsere Schulen erreicht wird? Welche Lösungsmöglichkeiten schlagen Sie vor?
Brosz	Grüne	Schulen in freier Trägerschaft sind für mich seit Beginn meiner Tätigkeit als Bildungssprecher im Nationalrat eine Quelle der Inspiration. Sie liefern wichtige Anstöße für kindgerechte Pädagogik und eine Weiterentwicklung des österreichischen Schulsystems. Ich habe auch nie verstanden, wieso zwar bei konfessionellen Privatschulen die LehrerInnenkosten übernommen werden, nicht aber bei Schulen in freier Trägerschaft. Ich trete daher seit Jahren für eine Gleichbehandlung und somit für die Übernahme der LehrerInnenkosten ein. Die besondere Bedeutung Eurer Schulen wurde auch von diversen ExpertInnenkommissionen von Günther Haider über Bernd Schilcher hervorgehoben.	Nein. Die Gleichstellung mit den konfessionellen Privatschulen würde die Problematik weitgehend beseitigen. Eine steuerliche Absetzbarkeit würde dagegen nur jene Eltern deutlich entlasten, die über ein hohes Einkommen verfügen. Daher trete ich für eine finanzielle Förderung der Schulen ein.	Ja	Die Grünen haben schon aus der Oppositionsrolle immer wieder parlamentarische Anträge für eine Gleichstellung mit den konfessionellen Privatschulen eingebracht. Bis zum Regierungseintritt der SPÖ sogar gemeinsam mit den SozialdemokratInnen ... Leider wurden die Anträge in der letzten Periode dann seitens der SPÖ abgelehnt, obwohl wir sie wortident wieder eingebracht haben. Die SPÖ hat sich auch in dieser Frage der ÖVP in Koalitionsdisziplin unterworfen. Der Fehler ist aber schon bei den Verhandlungen passiert. Es war für mich völlig unverständlich, dass bei den Koalitionsverhandlungen 2006 auf die Schulen in freier Trägerschaft offenbar vergessen wurde. Elisabeth Geher hat nach den gescheiterten Koalitionsverhandlungen zwischen den Grünen und der ÖVP in der Tageszeitung "Die Presse" erklärt, sie verstehe nicht, weshalb die Grünen nicht mit den Ergebnissen zufrieden seien, sie hätten immerhin eine deutliche Verbesserung der Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft erreicht. Die Verhandlungen sind damals bekanntlich aus anderen Gründen gescheitert. Die SPÖ war aber nicht in der Lage, dasselbe herauszu-
Schaffnath	LIF	Selbstverständlich sehen die Liberalen Privatschulen als gleichwertige Ergänzung. Eltern und Kindern sollen Schulen nach pädagogischen Überlegungen frei wählen können. Bereits in den 90er Jahren hat sich das Liberale Forum dafür eingesetzt und entsprechende Gesetzesvorschläge eingebracht.	Nein, die Bildungsfinanzierung zählt zu den Grundaufgaben des Staates. Freie Bildung muss ein Grundrecht sein. Daher hat der Staat auch Privatschulen bei Nachweis noch zu präzisierender Qualitätsstandards finanziell zu unterstützen.	Ja, dafür sind wir schon ausdrücklich eingetreten (Gesetzesanträge) und werden dies wiederum tun. Es braucht Fairness für alle Bildungsanbieter/innen. Konfessionellen Privatschulen die Personalkosten mit der Begründung der Wahlfreiheit der Eltern für Konfessionen zur Gänze zu ersetzen, Eltern und Kindern aber die Wahlfreiheit für unterschiedliche päd. Ansätze nicht zuzugestehen, kann nicht fair sein.	Ich kann zusagen, dass sich das Liberale Forum jedenfalls dafür einsetzen wird. Inwieweit eine faire finanzielle Lösung für Privatschulen tatsächlich sofort erreichbar sein wird, hängt in hohem Maße von den Kräfteverhältnissen im Parlament und sicher auch von Regierungskonstellationen ab. Lösungsvorschlag aus unserer Sicht – ganz kurz gesagt, obwohl eine sehr komplexe Problematik, die viele rechtliche Bereiche einschließt: Alle Schulen sollten mit größtmöglicher Autonomie ausgestattet sein und das Schulleben innerhalb von Rahmenbedingungen und unter Berücksichtigung Qualitätsstandards (Outputorientierung) so frei wie möglich gestalten können. Wettbewerb zwischen Schulen kann qualitätsfördernd wirken. Alle Schulen erhalten eine Grundfinanzierung und über Bildungschecks eine von der Anzahl der SchülerInnen abhängige Zusatzfinanzierung. Zusatzmittel sollen auch für besondere pädagogische Aufgaben gegeben werden wie zB Integration, Individualisierung, Förderung etc. Bereits „morgen“ umsetzbar: Die Gleichstellung konfessioneller mit anderen Privatschulen in allen Bereichen – von der Unterrichtsmittelfinanzierung bis hin zu Stipendien, Unterstützungen etc.

		Einleitend ist festzuhalten, dass Österreich über ein gut ausgestattetes Bildungs- und Schulsystem verfügt, das regionalen wie auch Anforderungen in Ballungsräumen bestmöglich gerecht wird. Wir bekennen uns selbstverständlich zu einem flächendeckenden öffentlichen Schulwesen ohne Schulgeld. Anstrengungen, die nachhaltige Qualitätssteigerungen der Leistung aller Schülerinnen und Schüler zum Inhalt haben, stehen wir selbstverständlich positiv gegenüber und sehen sie als positive Ergänzung zu unserem öffentlichen Schulwesen. Private Initiativen sind grundsätzlich von Aktivitäten der öffentlichen Hand getrennt zu bewerten, da sie Ausdruck individueller Motivation sind. Die Gründung privater Schulen hat unter Erfüllung geringer Auflagen vollzogen zu werden, doch muss diese Schule in weiterer Folge selbst erhalten werden und kann widrigenfalls nicht in staatliche Obhut genommen werden, da dies dem Grundsatz des kostenlosen Schulwesens widersprechen würde.			Grundsätzlich wurde bereits einleitend festgehalten, dass wir für ein öffentliches Schulwesen ohne Schulgeld eintreten. Nichts desto trotz leistet der Staat auch einen finanziellen Beitrag für Schulen im nicht-öffentlichen Bereich. So normiert ein eigener Staatsvertrag mit dem Vatikanstaat, dass den konfessionellen Privatschulen die Lehrerinnen- und Lehrerkosten ersetzt werden. Darüber hinaus erhalten nichtkonfessionelle Schulen eine Förderung zum Sachaufwand.	Kompetenzen rund um den Schulbereich fallen seit der letzten Legislaturperiode grundsätzlich in den Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur. Die Unterstützung für Aufwendungen pro Schüler/innen aus Waldorfschulen und Kuratoriumsschulen betrug 2006 € 1.441.000,-, das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Jahr 2000 um 80,3%. Die Förderung für alternative Schulen und Montessorischulen betrug 2006 € 81.000,-, was einer Steigerung gegenüber 2000 von 44,8% entspricht. Im Doppelbudget 2007/08 wurden diese Fördersummen nochmals angehoben. Wir begrüßen Initiativen, die einen nachhaltigen Beitrag zur Qualitätssicherung der schulischen Leistungen beitragen, und stehen auch einer weiteren Erhöhung der Fördersummen positiv gegenüber. Im Übrigen ist auf die bereits zu den anderen Fragen ergangenen Antworten zu verweisen.
Hahn	ÖVP		siehe Beantwortung zu Frage 1.			
Feymann	SPÖ	Die SPÖ sieht die Schulen in freier Trägerschaft als gleichwertige und wertvolle Ergänzung zum staatlichen Schulwesen. Viele pädagogische Innovationen dieser Schulen stellen wichtige Impulse für das Regelschulwesen dar.	Die SPÖ tritt dafür ein, dass Eltern mit geringem Einkommen ihr Recht auf freie Schulwahl wahrnehmen können.	Die SPÖ tritt dafür ein, dass die nicht-konfessionellen Schulen den konfessionellen Privatschulen gleichgestellt werden.	Die SPÖ wird sich dafür einsetzen, dass in der nächsten Legislaturperiode eine Lösung gefunden wird - mit dem Ziel der rechtlichen und finanziellen Gleichstellung der nicht-konfessionellen Schulen mit den konfessionellen Privatschulen.	
Steier	Die Christen	DIE CHRISTEN treten dafür ein, dass die Leistungen, die Familien durch die Erziehung der Kinder erbringen, von der Gesellschaft entsprechend entlohnt werden. Die Unterrichtung der Kinder ist grundsätzlich Recht und Aufgabe der Eltern, der Staat hat die Aufgabe, die Eltern dabei zu unterstützen. Entsprechend Art. 2 des Zusatzprotokolls zur Menschenrechtskonvention hat er dabei entsprechend den weltanschaulichen und religiösen Einstellungen der Eltern vorzugehen. Menschen sind vielfältig, jedes Kind ist einzigartig. Wir treten daher für ein möglichst vielfältiges und differenziertes Schulsystem ein, wobei wird darunter nicht nur vielfältige Formen, sondern auch und gerade eine vielfältige Trägerschaft stehen. Eltern wissen am besten, was gut für ihr Kind ist. Sie sollen aus dem Angebot an Schulen frei wählen können, welcher Schule sie ihr Kind anvertrauen. Es kommt dem Staat, abgesehen von wenigen Ausnahmefällen, in denen Eltern ihre Rechte und Pflichten nicht ausüben können, nicht zu, hier Vorschriften zu machen oder bestimmte Schulträger zu bevorzugen	Die finanzielle Benachteiligung von Eltern, die ihre Kinder in Privatschulen geben bzw selbst Unterrichten ist in keiner Weise gerechtfertigt. Insbesondere ist nicht gerechtfertigt, dass Familien mit geringem Einkommen ausschließlich auf staatliche Schulen angewiesen sind.	Wir treten für einen positiven, qualitätssteigernden Wettbewerb zwischen den Schulen um die Gunst der Schüler ein. Dies erfordert aber Chancengleichheit zwischen den Schulen, auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Wir fordern daher, dass der Staat den Eltern, die ihre Kinder nicht in staatliche Schulen geben, jenen Betrag zur Verfügung stellt, den ein entsprechenden Platz in einer staatlichen Schule kostet (Vollkosten).	Wenn wir es schaffen, in den Nationalrat einzuziehen, werden wir uns jedenfalls dafür einsetzen. Aber auch dann, wenn wir dieses Ziel nicht erreichen. Wir streben nämlich eine Gesamtreform des Bildungswesens an, dass auf die persönliche Verantwortung des einzelnen abstellt. Wir wollen Förderungen nicht in anonyme Strukturen stecken, sondern personenbezogen auszahlen. Ob dies die Zuschüsse zu Kinderkrippen- und Kindergartenplätzen, die Kosten des Schulbesuchs oder der Schulbücher oder des Studiums sind, spielt dabei keine Rolle. Wir treten dafür ein, dass jeder Mensch nicht nur ein Recht auf Bildung hat, sondern sich Bildung auch leisten kann. Konsequenz wäre es, Kindergärten, Schulen und Universitäten durch Elternbeiträge bzw Studiengebühren voll zu finanzieren	

Günther für Haubner	BZÖ	Unser Bildungssystem ist völlig veraltet und stammt in seinen Grundstrukturen noch aus der Zeit Maria Theresias. Eine Modernisierung unserer Bildungseinrichtungen ist im Sinne unserer Kinder und deren Zukunft dringend erforderlich, ohne dabei aber die Wahlfreiheit für Eltern und Schüler aufzugeben. Grundsätzlich wollen wir den Ausbau der Gemeinsamen Schule der Sechs- bis Fünfzehnjährigen bzw. der Neuen Mittelschule, wie sie in Kärnten bereits erfolgreich erprobt wird. Alternative Schulmodelle sollen im Sinne der oben erwähnten Wahlfreiheit für Eltern und Schüler und in Hinblick auf die Weiterentwicklung alternativer Pädagogikmodelle ihren Platz erhalten.	Im Rahmen unseres Gestaltungsvorschlages für mehr Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche treten wir für die steuerliche Absetzbarkeit von Kindererziehungskosten ein. Darunter fallen auch die Aufwendungen für alternative Schulmodelle.	Hier müsste im Sinne der Gleichberechtigung und Fairness eine Gleichstellung mit konfessionellen Privatschulen erfolgen.	Im Rahmen einer großen Bildungsreform wäre der Schritt von der Maria Theresischen - Grundstruktur hin zu einer den heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Erfordernissen adäquaten Neukonzeption des gesamten Bildungssystems zu gehen. Darin muss auch die Einbindung und Ausrichtung alternativer Schulmodelle ihren Platz bzw. deren effiziente Förderung finden. Die Diskussion respektive erste Umsetzungskonzepte stehen noch aus. Zum Abschluß möchte ich Ihnen noch im Anhang unser ausführliches Wahlprogramm zukommen lassen und bedanke mich für diese interessante und wichtige Thematik von Ihnen.
Walser Harald	Grüne	Wir Grüne haben, seit ich mich erinnern kann, Schulen in freier Trägerschaft unterstützt. In meiner Heimatgemeinde Altsch gibt es bspw. die Private Volksschule (die inzwischen auch eine Sekundarstufe 1 aufbaut) mit Montessori-Schwerpunkt (http://www.vobs.at/pva-altach/). Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, dass traditionell unterrichtende Privatschulen (etwa mit kirchlichen Trägerschaften) stärker unterstützt werden als private Initiativen. Am vergangenen Montag gab es in Dornbirn eine Bildungs-Enquete mit internationalen Fachleuten, die speziell solche Privatinitiativen hervorgehoben haben (etwa der Bildungsökonom Ludger Wößmann von der Universität München).	Das ist natürlich nicht gerecht. Prinzipiell sollen alle Privatschulen gleich behandelt werden. Wo es zusätzliche Leistungen gibt (Mittagessen etc.), ist eine zusätzliche Bezahlung angebracht. Prinzipiell schwebt uns aber der Ausbau der Ganztagschule nach skandinavischem Vorbild vor, wo auch solche Leistungen vom Staat getragen werden. Der Bildungszugang von Kindern muss von der finanziellen Situation der Eltern entkoppelt werden.	Das ist für mich klar (siehe oben).	Ich habe bislang noch keine parlamentarische Erfahrung. Klar ist aber, dass wir uns bei möglichen Regierungsverhandlungen genauso wie als mögliche Oppositionspartei für eine Gleichstellung aller nicht staatlichen Schulträger einsetzen werden.
Niederwieser	SPÖ	Einleitend möchte ich daran erinnern, dass auf Vorschlag der SPÖ im Jahr 2006 folgender Passus ins Koalitionsübereinkommen aufgenommen wurde: "Anhebung der Förderung von Schulen mit alternativer Pädagogik (nichtkonfessionelle Privatschulen) unter Berücksichtigung der Qualitätssicherung"	Beim ersten Doppelbudget für 2007 und 2008 konnten wir das noch nicht zufriedenstellend unterbringen aber die Einlösung dieses Punktes war auf unserer Agenda für eine gesetzliche und wenn das nicht möglich ist für eine vertragliche Regelung. Dass es dazu nicht mehr gekommen ist, lag nicht im Einflussbereich der SPÖ sondern es war die ÖVP, die nach einer längeren Phase eines deutlichen Vorsprungs in den Meinungsumfragen vorzeitige Neuwahlen wollte. Ministerin Schmied und der SPÖ ist in dieser kurzen Zeit eine deutlich positive Wende in der Bildungspolitik gelungen und bei einer Reihe von Projektfinanzierungen haben auch Schulen in freier Trägerschaft durch ihre Kreativität und ihr Engagement teilgenommen und im einzelnen konnte auch die eine oder andere zusätzliche Finanzierung erreicht werden. Wir erachten also die Schulen in freier Trägerschaft nicht als alleinige Privatangelegenheit und wollen diese Bereicherung unserer Bildungslandschaft auch besser als bisher unterstützen.	Mein Ziel war es immer, im Privatschulgesetz eine Gleichstellung mit den konfessionellen Privatschulen zu erreichen und die Förderung alternativer Bildungseinrichtungen durch die öffentliche Hand ist auch im SPÖ Bildungsprogramm 2004 enthalten. Der Weg dorthin führt über mehrjährige Förderverträge, mit denen ein deutlich größerer Teil der Kosten je Schüler/in abgegolten wird (ca 50%).	Mir ist bewußt, dass Sie schon sehr lange auf eine bessere Unterstützung durch die öffentliche Hand warten und ich hoffe, dass der nächste Nationalrat in einem konstruktiveren Klima und in der Zeit einer Gesetzgebungsperiode seine Vorhaben erledigen kann und dazu zählt auch die Förderung der Schulen in freier Trägerschaft.
Rudas	SPÖ	Die SPÖ bekennt sich zur Förderung und einer umfangreicheren Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft. Wir sehen darin eine gute Ergänzung zum staatlichen Schulwesen, denn die pädagogischen Neuerungen der Schulen liefern wichtige Inputs.	Bereits im letzten Regierungsprogramm war die "Anhebung der Förderung von Schulen mit alternativer Pädagogik (nichtkonfessionelle Privatschulen) unter Berücksichtigung der Qualitätssicherung" beinhaltet. Leider konnte dieser Punkt aufgrund frühzeitiger Neuwahlen nicht ausreichend umgesetzt bzw. erfüllt werden. Auch im Bildungsprogramm 2004 der SPÖ bekennen wir uns bereits dazu, dass die öffentliche Hand alternative Ausbildungs- und	Zudem setzt sich mein Kollege SP-Bildungssprecher Erwin Niederwieser bereits seit längerem dafür ein, dass es im Privatschulgesetz zu einer Gleichstellung gegenüber konfessionellen Privatschulen kommt.	Die SPÖ wird sich darum bemühen, dass wir in der nächsten Gesetzgebungsperiode dem Vorhaben, der rechtlichen und finanziellen Gleichstellung der nicht-konfessionellen Schulen mit den konfessionellen Privatschulen, näher kommen.